

REZENSIONEN / REVIEWS

CURTIS J. MILHAUPT / MARK D. WEST,
Economic Organizations and Corporate Governance in Japan.
The Impact of Formal and Informal Rules

Oxford University Press (Oxford 2004) 250 + X S.; USD 98.00 ; ISBN 0-19-927211-5

Der japanische Wirtschaftserfolg der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts hat eine Vielzahl von Untersuchungen angestoßen, die sich mit der institutionellen Verfaßtheit des Landes auseinandersetzen. Die strukturelle Krise und die mit ihr einhergehende scharfe Rezession, die 1990 einsetzte und mit ihren deflationären Tendenzen bis in die jüngste Vergangenheit andauerte, ließ das analytische Interesse indes stark abflachen – zu Unrecht. Gerade die krisenbedingten, wenn auch zunächst nur sehr zögerlich einsetzenden Veränderungen zeugen im Ergebnis von der unterschätzten Reformfähigkeit Japans und sind ein spannendes Beispiel dafür, wie eine *insider*-orientierte, partiell abgeschottete und tendenziell intransparente Wirtschaftsordnung – ungeachtet des Scheins äußerlicher Stagnation – institutionell auf die Herausforderungen der Globalisierung reagiert. Dies sollte angesichts des desolaten ordnungspolitischen Zustands der deutschen Wirtschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts hierzulande auf großes Interesse stoßen.

Die Autoren, zwei ausgewiesene Japanrechtler, die an renommierten amerikanischen Universitäten (Columbia University bzw. University of Michigan) tätig sind, unternehmen in dem vorzustellenden Band den überaus lohnenden Versuch, diese oftmals subtilen und in ungleichem Tempo erfolgenden Veränderungen aus institutionentheoretischer Perspektive zu analysieren. Verwoben damit werden zugleich die Ursachen der Krise beleuchtet. Das Buch führt die Ergebnisse verschiedener Forschungsprojekte aus den vergangenen zehn Jahren zusammen und ist auf sieben ausgewählte Sachbereiche konzentriert. Etliche der Einzelstudien sind in abgeänderter Form zuvor an anderer Stelle publiziert worden, was aber ihrer bleibenden Aktualität keinen Abbruch tut. Im Gegenteil, erst die Vereinigung in einem Band läßt die den Studien zugrunde liegende einheitliche Thematik hervortreten.

Im Zentrum des Werkes steht der Wandel der – formellen wie informellen – Regeln, die die *governance*-Strukturen des japanischen Wirtschaftsgeschehens prägen. Zum zweiten wird deren sich im Verhältnis zueinander verschiebendes Gewicht beleuchtet. Als ein komplementärer dritter Aspekt werden die veränderten Rollen diskutiert, mit denen die einzelnen gesellschaftlichen Akteure auf diesen Wandel reagieren. Die Verfasser konstatieren für sämtliche untersuchten Bereiche einen Bedeutungsrückgang der zuvor maßgeblichen *informellen* Regeln (Verhaltensstandards, Gewohnheiten, gemein-

same Überzeugungen) und eine Zunahme *formeller* Regulierung in Gestalt des Gesetzes- und Ordnungsrechts.¹ In Übereinstimmung damit beobachten sie einen relativen Rückgang bürokratischer Macht zugunsten eines zunehmenden Einflusses von Juristen, insbesondere der Berufsgruppe der Rechtsanwälte. Die Autoren qualifizieren die Entwicklung mit aller gebotenen Vorsicht als eine grundsätzlich begrüßenswerte, warnen jedoch zugleich ausdrücklich vor der Annahme, daß diese zwangsläufig auf eine institutionelle Konvergenz mit den USA hinauslaufe.

Am Anfang der Analyse steht die Erleichterung der Aktionärsklage als einem Instrument zur Verbesserung der *corporate governance* im Jahr 1993. Die Verfasser zeigen auf, wie diese zu einer aktiveren Rolle der Aktionäre in der Unternehmensüberwachung geführt und zugleich die Rolle des formellen Rechts verstärkt hat (S. 9-43).

Die darauf folgenden beiden Kapitel setzen sich mit dem Verhältnis von gesetzlichen und informellen Regelungen im Bereich der Finanzindustrie auseinander. Zunächst geht es um die institutionellen Schwierigkeiten, die das Entstehen eines aktiven Marktes für Wagniskapital in Japan verhindert haben. Stichwörter sind insoweit zum einen das bankzentrierte Finanzierungsmodell mit seiner *insider*-orientierten *corporate governance* und das Fehlen hochentwickelter gesetzlicher wie auch vertraglicher Anreizstrukturen (S. 45-71). Die Erkenntnis dieser Defizite war Anlaß zu den weitreichenden Reformen des japanischen Gesellschaftsrechts in den letzten Jahren. Sodann wird die Rolle der Regulierung des Finanzmarktes beim Zusammenbruch der sog. *jūsen* (spezielle Finanzinstitute zur Immobilienfinanzierung Privater) untersucht (S. 73-107). Die Verfasser machen vor allem die informelle Rechtsetzung und Überwachung für den Zusammenbruch dieses gesamten Zweiges der Finanzindustrie verantwortlich, die sie wiederum als paradigmatisch für die japanische Bankenkrise insgesamt ansehen. Schlagwörter sind „*regulatory cartel*“ und „*governance by consensus*“.² Es sei offen, ob der bislang eingeleitete Wandel bereits einen Durchbruch zu effizienteren Strukturen an den Finanzmärkten darstelle.

Die zwei anschließenden Kapitel sind „dunklen Seite“ der japanischen Wirtschaft gewidmet. Zunächst geht es um die sog. „professionellen Aktionäre“ (*sōkai-ya*), die alles, was hierzulande unter dem Begriff „räuberische Aktionäre“ bekannt ist, weit in den Schatten stellen (S. 109-144). Im Kern geht es um Erpressungszahlungen im Kontext der Hauptversammlung zwecks Unterdrückung von Informationen und Störungen derselben durch derartige Personen, die in weiten Teilen dem organisierten Verbrechen zuzurechnen sind. Wiederum machen die Verfasser einen direkten Zusammenhang zwischen dem institutionellen Rahmen und dem Verhalten der Akteure am Markt aus. In diesem Fall geht es um die fehlende Transparenz bei japanischen Unternehmen. Die

1 Zur Rolle des Rechts im japanischen Wirtschaftsleben auch bereits H. BAUM (Hrsg.), *Japan: Economic Success and Legal System* (Berlin/New York 1997).

2 Siehe dazu C. MILHAUPT / G. MILLER, *A Regulatory Cartel Model of Decision-making in Japanese Finance*, ZJapanR 4 (1997) 18 ff.

Zahlung von Erpressungsgeldern wird offensichtlich als billiger erachtet als eine ausreichende Transparenz, die der Erpressung den Boden entziehen würde. Solange eine solche gesetzlich nicht vorgeschrieben bzw. aktiv durchgesetzt wird, profitieren beide Seiten von dem *status quo* zulasten Dritter, nämlich der Aktionäre. Auch insoweit sei es fraglich, was die Reformen des Gesellschaftsrechts bislang erbracht hätten. Aber die Anzeichen seien immerhin positiv. So seien im Jahr 2003 „nur noch“ 68 % aller Hauptversammlungen der an der Tokyoter Börse notierten Unternehmen an einem Tag abgehalten worden; früher fanden fast 100 % der Hauptversammlungen an ein und demselben Tag im Jahr statt, um den *sôkai-ya* das Handwerk zu erschweren.

Im 6. Kapitel (S. 145-178) geht es um das Phänomen, daß das organisierte Verbrechen in Japan nach wie vor floriert. Wiederum machen die Verfasser einen Zusammenhang zwischen defizitären staatlichen Institutionen – etwa einer unzureichend sanktionierten Rechtsdurchsetzung und einem mangelhaften Schutz der Eigentumsrechte (*property rights*) – und dem organisierten Verbrechen aus: Wo die staatlichen Institutionen versagen, erfolgt die Rechtsdurchsetzung mit Hilfe des organisierten Verbrechens.

Die Kapitel 7 und 8 zeigen auf, wie institutionelle Veränderungen positive Effekte nach sich ziehen. Das erste Beispiel ist der Markt für Unternehmenskontrolle, der traditionell schwach ausgebildet war (S. 179-206). Dies mag für die Entwicklung der japanischen Wirtschaft zunächst kein Defizit gewesen sein, aber in einem geänderten gesellschaftlichen und internationalen Umfeld wird dies zunehmend als Nachteil begriffen. Verschiedene institutionelle Änderungen in den letzten Jahren haben zu einer Aktivierung dieses Marktes und damit zu einer verbesserten *corporate governance* geführt.

Ein zweites Beispiel für die Auswirkungen institutioneller Veränderungen ist der Wechsel im Karriereverhalten junger japanischer Elite-Juristen (S. 207-239).³ Die Verfasser haben untersucht, daß inzwischen die Mehrheit der Absolventen der juristischen Fakultät der Universität Tokyo nicht länger in die großen Ministerien wie etwa das Finanz- oder Wirtschaftsministerium wechseln, sondern sich für die Rechtsanwaltslaufbahn entscheiden. Sie interpretieren dies als Indikator für eine Verlagerung der gesellschaftlichen Macht, die sich in einem Wechsel von dem *ex-ante*-Modell des bürokratischen Managements zu einem *ex-post*- und rechts- bzw. gesetzesbasierten Modell der *governance* manifestiert. Der beobachtete Wechsel in der Karriereplanung hat nicht den institutionellen Wandel verursacht, sondern ist umgekehrt die Folge eines veränderten institutionellen Paradigmas.

In ihrem Resümee (S. 241-243) interpretieren die Verfasser die wachsende Bedeutung des Berufsstandes der Rechtsanwälte, die auf Kosten der früheren informellen Rechtsumsetzung erfolge, als Ausdruck eines Wechsels in Richtung einer offeneren und transparenteren Gesellschaft in Japan, die sich zugleich stärker diversifiziere und aus-

3 Siehe dazu auch C. MILHAUPT / M. WEST, *Is the Japanese Bureaucracy Hollowing Out? Evidence from the Market for Legal Talent*, in: ZJapanR / J.Japan.L. 15 (2003) 5 ff.

differenziere. Allerdings habe sich bislang noch kein neues Gleichgewicht eingependelt. Entsprechend sei es zu früh für eine abschließende Beurteilung des sich erst allmählich herauskristallisierenden neuen institutionellen Arrangements. Uneingeschränkt zustimmen wird man den Verfassern nach der Lektüre ihrer überaus informativen Analysen, daß gegenwärtig eine besonders spannende Zeit für die Japan-Rechtsvergleichung ist.

Harald Baum